

Niedersächsischer Straßenbautag: wegweisende Diskussion für die Zukunft

BAUINDUSTRIE
Niedersachsen-Bremen



v.r.n.l. Thomas Echterhoff, Präsident Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen, Christian Staub, Präsident Baugewerbe-Verband Niedersachsen, Moderator Dr. Martin Busch, Osnabrücker Stadtbaurat Frank Otte, Minister Olaf Lies

Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen und der Baugewerbe-Verband Niedersachsen haben Ende September in Osnabrück den ersten niedersächsischen Straßenbautag 2023 veranstaltet.

Der Straßenbautag stand unter dem Zeichen der Nachhaltigkeit im Straßenbau und der Anwendbarkeit dieser in der Praxis. Olaf Lies, Niedersächsischer Minister für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung war Gast des Straßenbautages. Er machte seinen Unmut über die langwierigen Planungs- und Genehmigungsverfahren deutlich, die insbesondere den Ausbau und den Erhalt der Straßeninfrastruktur stark ausbremsen. Neben knapper werdender Mittel, beeinflussten langwierige Verfahren den Straßenverkehr negativ. Gerade bei technischen Bauwerken wie Brücken, bzw. entsprechende Ersatzbauten sei nicht nachvollziehbar, dass diese vor Baubeginn so viel Zeit kosteten. Lies: "Die Brücken brechen uns weg und wir wissen auch heute schon, welche morgen problematisch sind."

Dipl.-Ing. Thomas Echterhoff, Präsident des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen pflichtete dem Minister bei: "Lassen sie uns alles beschleunigen!"

Echterhoff erinnerte an diesem Zusammenhang daran, dass es ohne eine intakte Verkehrsinfrastruktur nicht gehe und hier spiele insbesondere der Straßenbau die entscheidende Rolle, da 70 Prozent des Güterverkehrs über diesen Verkehrsträger abgewickelt werde.

Im Anschluss an den Straßenbautag fand die Fachtagung "Nachhaltiger Straßenbau in der Praxis" statt. In Fachvorträgen wurden Themen wie die "Ersatzbaustoffverordnung", der "VHV-Schadensbericht Tiefbau und Infrastruktur" und Projekte wie die "erste innerstädtische Bodenwiederaufbereitungsanlage" angesprochen.

Es bestand unter den Teilnehmern Einigkeit, dass für die Nachhaltigkeit die Verwendung von Recyclingmaterial im Straßenbau unumgänglich sei.



Verkehrs- und Wirtschaftsminister Olaf Lies machte in seinem Vortrag deutlich, dass er sich eine Beschleunigung bei Instandhaltung, Sanierung und Ausbau der Straßen wünscht. Fotos: Baugewerbe-Verband Niedersachsen

INHALTSVERZEICHNIS

1 Thema des Monats

Niedersächsischer Straßenbautag: wegweisende Diskussion für die Zukunft

2 Forum Nord

Wirtschaftsforscher revidieren Wirtschaftswachstum für 2023

3 Kommentar | Forum Nord

Weiter warten auf den Aufbruch
Für mich ist Bremen eine A-Stadt

4 Forum Nord

Interview mit Senatorin Özlem Ünsal
BAUWENDE:
umbruch aufbruch



Wirtschaftsforscher revidieren Wirtschaftswachstum für 2023 nach unten – Auswirkungen auf die Bauwirtschaft

Die Arbeitsgemeinschaft der Wirtschaftsforschungsinstitute hat ihre Gemeinschaftsdiagnose Herbst vorgelegt. Zu den Bauinvestitionen wird darin unter der Überschrift "Bau in der Krise – Preise gehen zurück" konstatiert, dass das Baugewebe zunehmend in schweres Fahrwasser gerät. Aktuell berichte jedes dritte Unternehmen in Umfragen von einem Auftragsmangel. Die Geräteauslastung im Bauhauptgewerbe sei zuletzt deutlich zurückgegangen und die Einschätzung der Geschäftslage sei seit dem Beginn des Jahres auf Talfahrt. Verantwortlich dafür dürften vor allem die hohen Zinsen sein, welche die Investitionen ausbremsten.

Im Wohnungsbau komme die Zinswende besonders deutlich zum Tragen, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt liege das Neukreditvolumen im Wohnungsbau derzeit auf den geringsten Wert seit Beginn der statistischen Erhebung im Jahr 2003. Auftragseingänge und Baugenehmigungen seien seit dem Jahresbeginn 2023 deutlich zurückgegangen, der Auftragsbestand aufgrund von Stornierung und ausbleibenden neuen Aufträgen zuletzt merklich geschrumpft. Erst im Laufe des Jahres 2024 dürften sinkende Preise in Kombination mit steigenden Realeinkommen die Finanzierbarkeit von Vorhaben im Wohnungsbau verbessern und zum Jahresende für eine leichte positive Dynamik sorgen. Diese käme dann allerdings erst 2025 in einer realen Wachstumsrate zum Tragen.

Im Nichtwohnungsbau sei die konjunkturelle Lage weniger kritisch, sie werde vor allem vom Tiefbau (ohne Straßenbau) gestützt. Stabile Auftragseingänge, ein steigender Auftragsbestand und eine konstant hohe Geräteauslastung kennzeichneten die Lage. Im Nichtwohnungshochbau dürften die hohen Zinsen 2023 die Bautätigkeit noch sinken lassen. Im kommenden Jahr seien insbesondere von der öffentlichen Hand positive Impulse zu erwarten, da sinkende Preise den öffentlichen Auftraggebern größere Projekte in den Bereichen Digitalisierung und energetische Sanierung erlaubten. Der Wirtschaftsbau dürfte hingegen langsamer anziehen und erst mit zunehmender konjunktureller Erholung im Jahr 2025 deutlicher zulegen.

Der Baupreisanstieg habe sich zuletzt abgeschwächt. Diese Entwicklung dürfte sich im dritten Quartal des laufenden Jahres fortsetzen, zum Jahresende sei dann sogar mit sinkenden Preisen (gegenüber dem dritten Quartal) zu rechnen. Sinkende Materialpreise sowie der Nachfrageeinbruch würden die Bauunternehmen wohl dazu bewegen, ihre Preise auch auf Kosten der Margen abzusenken.

Bewertung durch die BAUINDUSTRIE

Die Kritik der Institute an der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung fällt im aktuellen Gutachten ungewohnt deutlich aus. Dies gilt vor allem für den Bereich Energie und Klimawandel. Der Regierung wird attestiert, Unternehmen und Haushalte zu verunsichern und somit den Konjunkturaufschwung zu bremsen. In der Klimapolitik wird ein Schwenk hin zu einem effizienteren CO₂-Zertifikatehandel gefordert. Die Investitionen der Unternehmen in den Klimaschutz werden überwiegend als vorzeitige Ersatzinvestitionen klassifiziert, die das Produktionspotential nicht nennenswert erweitern. Dieses soll am Ende des Jahrzehnts mit hoher Wahrscheinlichkeit etwas niedriger liegen als im Szenario ohne Energiewende. Das von der Politik beschworene Wachstum durch „grüne Investitionen“ wird zumindest in Frage gestellt.

Die Prognose der Bauinvestitionen für 2023 wurde nochmals nach oben revidiert, sie sollen nun real um 1,4 Prozent zurückgehen. Angesichts der Abnahme um 2,0 Prozent im ersten Halbjahr und der negativen Entwicklung bei vielen Vorlaufindikatoren ist dies eine äußerst optimistische Einschätzung. Sie dürfte auch darauf beruhen, dass sich die Maßnahmen im Gebäudebestand im laufenden Jahr deutlich besser entwickeln sollen als der Neubau.

Auch im Bauhauptgewerbe – das sich vorrangig auf den Neubau stützt und nur in geringem Umfang Bestandsmaßnahmen erbringt – hat sich die Situation zur Jahresmitte etwas entspannt. Der reale baugewerbliche Umsatz hat im Juni leicht zugelegt und im Juli stagniert (Januar bis Juli: -4,5 Prozent). Dies ist aber vor allem auf einen Basiseffekt zurückzuführen, 2022 waren in diesen beiden Monaten Abstürze von jeweils 11 Prozent verzeichnet worden. Zudem sind die Umsätze der Betriebe mit bis zu 19 Beschäftigten darin noch nicht enthalten. Diese stützen sich auf den Bau von Ein- und Zweifamilienhäusern, wo der Rückgang derzeit noch stärker ausfällt als im Geschosswohnungsbau. Die BAUINDUSTRIE sieht daher bislang keinen Anlass, die Jahresprognose (realer Rückgang um 6 Prozent) zu revidieren.



Weiter warten auf den Aufbruch

In seiner Deutschland-Pakt-Rede Anfang September hat unser Bundeskanzler – für seine Verhältnisse auf durchaus energische Art – aufgezeigt, wie er unserem Land zu „Tempo statt Stillstand, Handeln statt Aussitzen und Kooperation statt Streitereien“ verhelfen will, damit „unser Land schneller, moderner und sicherer“ werde. „Der Deutschland-Pakt setzt dort an, wo die Bürgerinnen und Bürger Fortschritte am dringendsten erwarten: bei der Energieversorgung, die sauber, sicher und bezahlbar sein muss, beim Bau neuer Wohnungen und Häuser, bei der Modernisierung und Digitalisierung unserer Infrastruktur, bei der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen, bei einer schnellen, leistungsfähigen und digitalen Verwaltung“, so Scholz. Damit das gelingt, pocht er auf eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern. Und tatsächlich habe die Bundesregierung den

Ländern dazu schon sehr konkrete Vorschläge gemacht. Das klang durchaus nach Aufbruch.

Sechs Wochen später berichtete die Hannoversche Allgemeine Zeitung von „konkreten Vorschlägen“ und zahlreichen Änderungswünschen der Länder. So lehnten diese zum Beispiel ab, die Förderbedingungen für sozialen Wohnungsbau deutschlandweit zu vereinheitlichen. Das klingt allerdings nicht nach Aufbruch. Und das Vorhaben des Bundes, für den Ausbau von Schienen, Straßen und Stromnetz gesetzliche Artenschutzstandards festzulegen, lässt mindestens zwei Szenarien erahnen: Eine Verschlimmbesserung der jetzigen Situation und eine endlose Klagewelle in Sachen Naturschutz. So kann der Deutschland-Pakt seinem Titel nicht gerecht werden.

Für mich ist Bremen eine A-Stadt

Im Gespräch mit Frau Senatorin Özlem Ünsal, die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung in Bremen



Sie haben kürzlich im Rahmen eines Bauindustrieebends des Bauindustrieverbandes Niedersachsen-Bremen die Perspektiven für die Bauwirtschaft in Bremen dargestellt. Worauf kann oder muss sich die Bremer Bauwirtschaft einstellen?

Özlem Ünsal: Stadtentwicklung, Planung und Bauen bedeuten kluges Vordenken, Entscheiden und Umsetzen. Dabei suchen wir gemeinsam nach tragfähigen Lösungen, wie wir das Wohnen, das Arbeiten und insgesamt das Zusammenleben sozialverträglich gestalten wollen. Die Herausforderungen und Erwartungen sind in der aktuellen Situation vielschichtig und enorm. Das Planen und Bauen in unseren Städten verändert sich gravierend und wird zukünftig noch mehr durch den fortschreitenden Klimawandel beeinflusst und durch die sozialen Fragen geprägt sein. Zudem werden die wachsende Ressourcenknappheit sowie die Bedingungen auf dem globalen und lokalen Markt die Zukunft mitbestimmen. Hinzu kommen die Herausforderungen des demografischen Wandels.

Neben dem Neubau rückt gerade die zukunftsfähige Gebäudebestandsentwicklung in unseren Städten in den Fokus. Bremen setzt dabei weiter auf die Innenentwicklung. Bezahlbare Mieten und „gutes“ Wohnen, als Grundlage für würdige und sozial gerechte Lebensverhältnisse zu ermöglichen, bleibt weiter politisches Ziel des Senats.

Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum, der anschlussfähig an eine CO₂-neutrale Wärme- und Energieversorgung ist. Ich denke dabei an eine Gesamtstrategie im Verbund: Koordinierte Förderungen, eine Vereinfachung der behördlichen Prozesse und Anforderungen, die Nutzung (landes-)gesetzgeberischer Kompetenzen und bodenpolitischer Instrumente sowie eine belastbare kommunale Wärmeplanung. All dies braucht eine Verlässlichkeit in Kommunikation und Planung sowie eine enge Kooperation auf Landes- und Bundesebene, selbstverständlich auch mit der Bauwirtschaft. Es gibt nicht den „einen Hebel“ zur Bewältigung dieser Herausforderungen, wir müssen alle gemeinsam umdenken und anpacken. Ich setze auf den gemeinsamen Schulterschluss.

B-Städte werden als die neuen Top-Standorte gewertet. Wo sehen Sie Bremen im Ranking der B-Städte und welches Potenzial hat die Hansestadt, um weiter aufzurücken?

Özlem Ünsal: Nach der Wahl in der Bremischen Bürgerschaft und der Konstituierung des neuen Bremer Senats konnte ich bereits viele eindrucksvolle und intensive Gespräche im Rahmen meiner ersten Sommertour als neue Senatorin führen. Auf diesem Wege bin ich in der Stadt und im Land Bremen bereits herzlich aufgenommen worden. Und dabei hat sich mein vorheriger Eindruck bestätigt: Für mich ist Bremen eine A-Stadt!

Bremen zeichnet sich durch große Offenheit und enorme Potenziale aus, aber es gibt auch Herausforderungen, die wir gemeinsam bewältigen müssen. In Bremen sind die Wege kurz, das ist gut für die notwendigen, schnellen Abstimmungen. Das habe ich sofort gemerkt und schätze es sehr.

[weiter auf Seite 4](#)



Wir haben viele Quartiere, die neu entstehen oder sich gerade stark wandeln. Die Stadt besticht durch ihre hohe Lebensqualität – und im Vergleich zu Städten vergleichbarer Größe ist der Mietwohnungsmarkt noch nicht zu angespannt. Gleichwohl verdichten sich auch in Bremen die Hinweise eines zunehmend enger werdenden Marktes im Bereich des bezahlbaren Wohnraums. Für die Transparenz wird hier die Einführung des qualifizierten Mietspiegels im kommenden Jahr sorgen.

Hannover hat kürzlich ein Konzept für die fast autofreie Innenstadt beschlossen, dass bis 2030 umgesetzt werden soll. Bremen hat diese „Verkehrswende“ bereits 2019 beschlossen. Wo steht die Hansestadt?

Özlem Ünsal: Weiterhin handlungsleitend sind der Verkehrsentwicklungsplan Bremen 2025 und seine Teilfortschreibung, die mit dem Fokus auf die nach Möglichkeit autofreie Innenstadt im vergangenen Jahr beschlossen wurde. Eine autofreie Innenstadt allein hat jedoch noch keinen Mehrwert. Wichtig ist, dass wir mehr Aufenthaltsqualität schaffen sowie gute Erreichbarkeit mit dem ÖPNV, dem Radverkehr, aber auch zu Fuß. Wir haben auch zukünftig ausreichend Pkw-Stellplätze in öffentlichen Parkhäusern. Die Innenstadt ist ein öffentlicher Raum, bei dem viele unterschiedliche Interessen und Bedürfnisse aufeinandertreffen. Wir verfolgen einen strategischen und umsetzungsorientierten Ansatz, der ausgewogen ist und viele Perspektiven berücksichtigt. Wir

schaffen beispielsweise mit der Umgestaltung des Grundstücks Parkhaus-Mitte die Voraussetzungen für eine Aufwertung dieses höchst zentralen Bereichs der Innenstadt. Hier soll auf diese Weise ein Rundlauf geschaffen werden, der die Aufenthaltsqualität erheblich steigert. Auch werden wir den Domshof umgestalten und den darunterliegenden Bunker zu einem Fahrradparkhaus ausbauen.

Bremen trägt ein enormes Unterhaltungsdefizit im Straßenbau vor sich her; wo sehen Sie Lösungsmöglichkeiten?

Özlem Ünsal: Die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven sind auf eine leistungsfähige Straßeninfrastruktur vor allem für die großen Verkehrswege angewiesen. Sanierungsbedürftige Infrastruktur ist – wie in ganz Deutschland – auch in Bremen vorzufinden. Wir werden deshalb die Sanierung der Straßeninfrastruktur unter Priorisierung der Brücken und anderer wichtiger Achsen für die Wirtschaftsverkehre vornehmen. Dabei wird sich der Senat über einen langfristigen Plan zur Sanierung und zu Ersatzneubauten der Weserbrücken verständigen. Die bestehenden Weserbrücken stellen das Grundgerüst für den Erhalt und Ausbau unseres Wirtschafts- und Logistikstandorts dar. Darüber hinaus habe ich mich als Mobilitätssenatorin vor wenigen Tagen im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz in Köln für die Bremer Belange u.a. im Bereich der Schieneninfrastruktur, der Wasserstraßen und der Fachkräftegewinnung eingesetzt.

„BAUWENDE: umbruch aufbruch“

Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) lädt gemeinsam mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zum diesjährigen Zukunft Bau Kongress ein, der am 23. und 24. November unter dem Titel „BAUWENDE: umbruch aufbruch“ als Präsenzveranstaltung und digital stattfindet. Veranstaltungsort ist der alte Plenarsaal im World Conference Center Bonn (WCCB).

Der Kongress thematisiert die Bauwende aus unterschiedlicher Perspektive. Der Soziologe Heinz Bude und der Architekturkritiker Gerhard Matzig betrachten die Bedeutung der Transformation aus gesellschaftlicher Sicht. Architektinnen und Architekten wie Prof. Almut Grüntuch-Ernst, Kerstin Müller, Prof. Amandus Samsøe Sattler oder Gerhard Wittfeld erläutern anhand von konkreten Beispielen ihre Grundhaltung zur Bauwende. Zudem zeigen sie, wie sich derzeit schon in der Praxis klimafreundlich bauen lässt, an welchen Stellschrauben

und Standards weitergearbeitet werden muss und wo eine Neujustierung nötig ist. Der Bauingenieur Nico Ros erläutert ergänzend dazu die Rolle von Ingenieurinnen und Ingenieuren im Kontext der neu auszurichtenden Planungsprozesse.

Unter welchen Rahmenbedingungen sich eine Transformation des Bauens wirtschaftlich und zugleich sozialverträglich umsetzen lässt, beleuchten unter anderem die Wirtschaftsweisen Prof. Veronika Grimm, die Immobilienentwickler Ernst Böhm und Achim Nagel sowie der Wirtschaftswissenschaftler Dr. Daniel Fuhrhop. Tina Saaby, langjährige Stadtarchitektin von Kopenhagen, zeigt gegen Ende des Kongresses, wie entscheidend der städtische Maßstab für die Bauwende ist. Das Schlusswort hat der Schriftsteller John von Düffel mit Überlegungen, inwiefern die Bauwende trotz Verzicht und Reduktion gewinnbringend sein kann. Darüber hinaus diskutieren zahlreiche weitere Expertinnen und Experten das Zusammenspiel von Forschung und Praxis für eine erfolgreiche Umsetzung der Bauwende.

IMPRESSUM

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e. V.
Eichstraße 19 | 30161 Hannover
T +49 511 34834-0 | E info@bauindustrie-nord.de

oeding print GmbH
Erzberg 45 | 38126 Braunschweig
T +49 531 48 015-0 | E info@oeding-print.de

Verantwortlich: Jan Hetebrügge
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet.
Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.